



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 3/2026

Teilhabe von Frauen* an der internationalen Klimapolitik Instrumente zur Geschlechtergleichstellung im UNFCCC-Prozess

Inhalt

- Einleitung 1
- Partizipation von Frauen* bei den UN-Klimaverhandlungen 2
- Mess- und Advocacy-Instrumente 4
- Zivilgesellschaftliche Analysen und Initiativen 5
- Ausblick auf die Welt-Klimakonferenz 2026 in der Türkei 7
- Glossar/Abkürzungsverzeichnis 12

Einleitung

In diesem WIDE-Update beschäftigen wir uns mit den Ansätzen, die es für Geschlechtergleichstellung im Rahmen der internationalen Klimapolitik gibt.

Mitunter scheinen die Strukturen und Möglichkeiten zur Teilhabe wenig transparent und die Begriffe sperrig zu sein, angefangen bei der Bezeichnung „UNFCCC“ für das UN-Klimarahmenabkommen, das den wichtigsten Bezugspunkt für die internationalen Bemühungen um Eindämmung der Erderwärmung und den Umgang mit der Klimakrise darstellt.

Seit 2014 gibt es dabei einen Gender-Aktionsplan, mit dem die volle, gleichberechtigte und effektive Beteiligung von Frauen an Klimapolitik gefördert werden soll; er wurde bei der letzten Klimakonferenz 2025 aktualisiert.

Mehrere Beiträge im Update beschäftigen mit sich Ansätzen zur Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im UNFCCC-Prozess. Es werden weitere Instrumente*

vorgelegt, mit denen Fortschritte in Bezug auf Geschlechtergleichstellung in nationalen Klimapolitiken gemessen werden und die für Advocacy nützlich sein sollten.

Weiters geht es in diesem WIDE-Update um Beispiele für die Teilhabe von Frauen im Globalen Süden an der Klimapolitik – aus aktivistischer Perspektive und mit Blick auf Gender-Diversität und Menschen mit Behinderungen.

*Von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Abhaltung der jährlichen Klimakonferenz in autoritären Staaten sehr kritisch gesehen, weil den Öl- und Gaslobbys dort Tür und Tor geöffnet wurde/wird und zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen wenig Teilnahmemöglichkeiten zugestanden werden.*

In diesem Zusammenhang wird auch ein kritischer Ausblick auf die im November 2026 in der Türkei stattfindende nächste internationale Klimakonferenz gegeben.

Es braucht immer wieder neue Strategien und Allianzen, um gegen den Backlash in der Klimapolitik zu mobilisieren. Die afrikanische Frauen-Allianz WoMin etwa hat sich dafür entschieden, nicht an Konferenzen teilzunehmen, sondern „von unten“ für Gender- und Klimagerechtigkeit zu mobilisieren. Die „Global Alliance for Green and Gender Action“ setzt ebenfalls an der Basis an und unterstützt von Frauen geleitete Organisationen und Umweltorganisationen in 44 Ländern.

Es braucht Engagement auf allen Ebenen.

Wir wünschen gute Lektüre!

Partizipation von Frauen* bei den UN-Klimaverhandlungen

Gender und Eckpfeiler des UN-Klimarahmenabkommens

Das „Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“ (UNFCCC; abgekürzt „Klima-Konvention“) wurde am „Earth Summit“ 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet und trat im Jahr 1994 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt wurden beinahe jährlich Klimakonferenzen abgehalten.

Während Abkommen zwischen den Ländern zum Klimawandel im Vordergrund stehen, gibt es seit eh und je eine Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung, aber – leider auch – eine starke Einmischung von Seite der Öl-Lobby.

Die „Gender Constituency“ – eine zivilgesellschaftliche Interessensvertretung zur Berücksichtigung von genderspezifischen Themen im Rahmen der internationalen Klimapolitik – wurde 2009 gegründet und von der UNFCCC 2011 akkreditiert.

Bis heute erkennt die UNFCCC neun „Constituencies“ – Vereinigungen der Zivilgesellschaft für verschiedene Bereiche wie zum Beispiel Jugend, religiöse Organisationen, indigene Rechte – an. Erst im Jahr 2026 wurde ein „Disability Caucus“ formell anerkannt. Organisationen von Menschen mit Behinderungen wurden noch nicht als offizielle „Constituency“ anerkannt, jedoch gibt es Vorbereitungen dazu.

Um an den UNFCCC-Konferenzen der Unterzeichnerstaaten („Conferences of the Parties“, COPs) im Herbst oder an der technischen Vorbereitungskonferenz, die jedes Jahr im Juni in Bonn stattfindet, teilnehmen zu können, müssen Organisationen zuerst von der UNFCCC akkreditiert werden. Dieser Prozess dauert derzeit ca. zwei Jahre. Dann werden den akkreditierten Organisationen relativ kurzfristig „badges“ zugewiesen, Plätze pro Tag auf der Konferenz. In den letzten Jahren ist die Zahl der zugewiesenen Plätze für die Zivilgesellschaft drastisch geschrumpft.

Auch „Side Events“ (Veranstaltungen) können nur mit aufwendigen „mergers“, bei denen sich mindestens drei bis fünf Organisationen zusammenschließen, organisiert werden, und sie müssen einen Monat vor der jeweiligen Konferenz von der UNFCCC genehmigt werden.

Ein Meilenstein der Klimakonferenzen war der Beschluss des Pariser Abkommens im Jahr 2015. Seitdem legen Länder alle fünf Jahre einen neuen, ambitionierteren Klimaschutzplan vor – die sogenannten „Nationally Determined Contributions“ (NDCs). Diese fokussieren sich auf nationale Klimaschutzmaßnahmen, beinhalten in vielen Ländern aber auch Pläne zur Anpassung an die Klimafolgen. Die neuesten Pläne wurden 2025/2026 eingereicht und finden sich online im offiziellen NDC-Register der UN.

Im Rahmen der UNFCCC gibt es seit 2014 das sogenannte „Lima-Arbeitsprogramm zu Gender“ und einen dazugehörigen Aktionsplan, der die volle, gleichberechtigte und effektive Beteiligung von Frauen an Klimapolitik fördern sollte. *(Mehr Information dazu siehe nächster Beitrag in diesem WIDE-Update.)*

Die „Gender Constituency“ hat bei der letzten COP 2025 den sogenannten „Belém Gender Aktionsplan“ *(siehe weiterer Beitrag unten)* durchgesetzt und arbeitet aktuell an einem Gender-Aktionsplan für den „Green Climate Fund“.

Während bei der Klimakonferenz letztes Jahr der Fokus auf Rahmenabkommen zu „Just Transition“, „Adaptation“ (Klimawandelanpassung) und Finanzierung von „Loss & Damage“ (klimabedingte Zerstörungen und Verluste) im Fokus standen, wird es 2026 um deren Umsetzung gehen – unter anderem mit einer „Action for Climate Empowerment“, womit eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit und Jugend angestrebt wird.

(JPL)

United Nations Climate Change (o.J.): [Nationally Determined Contributions Registry](#)

United Nations Climate Change (o.J.): [The Enhanced Lima Work Programme on Gender](#)

Women*Gender Constituency (o.J.): [Centering Gender Justice](#)

Blick zurück: Das „Lima Work Programme on Gender“

Das „Lima Work Programme on Gender“ basiert auf einem Beschluss im Rahmen der UNFCCC, um die Klimapolitik geschlechtergerechter zu gestalten. Es wurde 2014 als zweijähriges Arbeitsprogramm eingerichtet, um die Umsetzung früherer Gender-Beschlüsse zu stärken und Gender Mainstreaming in allen relevanten Bereichen des Klimarahmen-übereinkommens voranzubringen.

Im Kern verfolgt das Programm drei Ziele: erstens mehr Geschlechterausgewogenheit in Delegationen, Gremien und Verhandlungsprozessen; zweitens eine stärkere Berücksichtigung geschlechtersensibler Perspektiven bei der Entwicklung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen; und drittens die Förderung geschlechtergerechter Klimapolitik insgesamt. Damit reagiert das Programm auf die Einsicht, dass Klimawandel nicht alle Menschen gleich trifft und dass Frauen in vielen Kontexten sowohl stärker von Klimafolgen betroffen sind als auch in politischen Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert bleiben.

Aus dem Lima-Arbeitsprogramm entwickelte die UNFCCC den Gender Action Plan (GAP). Dieser soll die „volle, gleichberechtigte und effektive Beteiligung von Frauen“ an Klimapolitik unterstützen und legt dafür Maßnahmen, Zuständigkeiten und Umsetzungslogiken fest. Der GAP ist also kein bloßes Begleitdokument, sondern das operative Instrument, mit dem die im Lima-Programm formulierten Ziele praktisch umgesetzt werden sollen.

2024 wurde das „enhanced“ (erweiterte) „Lima Work Programme on Gender“ von den Vertragsstaaten um zehn Jahre verlängert; zugleich wurde 2025 ein neuer, langfristiger Gender Action Plan für die Zeit ab 2026 beschlossen (Belém Gender Action Plan). Das zeigt, dass Gendergerechtigkeit in der UN-Klimapolitik inzwischen als dauerhafte Aufgabe verstanden wird – nicht als einmaliges Zusatzthema, sondern als Voraussetzung wirksamer Klimapolitik.

(VB)

Alber, Gotelind u.a. (2018): [Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik](#)

United Nations Climate Change (o.J.): [The Gender Action Plan](#)

UN Framework Convention on Climate Change (11.9.2024): [Conference of the Parties Twentieth-ninth session \(Baku\). Gender composition. Report by the secretariat](#)

Belém 2025: Aktualisierter UNFCCC-Gender-Aktionsplan

Der neue „Belém Gender Action Plan“ (2026–2034) der UNFCCC (benannt nach dem Austragungsort der Klimakonferenz 2025 in Brasilien) wird als Meilenstein für Geschlechtergerechtigkeit im Klimasystem präsentiert – doch aus intersektionaler Perspektive bleiben zentrale Lücken. Während der Plan im Vorspann anerkennt, dass Klimaauswirkungen und Handlungsspielräume von Frauen und Mädchen mit Behinderungen durch „multidimensionale“ Faktoren geprägt sind, fehlen im eigentlichen Maßnahmenkatalog konkrete Ziele, Zuständigkeiten und Ressourcen zu ihren Rechten und Bedürfnissen. Besonders kritisch ist, dass der Begriff Intersektionalität bewusst ausgespart und durch „multidimensional“ ersetzt wurde: Damit wird ein macht- und diskriminierungskritischer Rahmen abgeschwächt und strukturelle Ungleichheiten werden entpolitisiert. So droht der Belém-Plan hinter den Ansprüchen inklusiver Klimagerechtigkeit zurückzubleiben – und Frauen mit Behinderungen bleiben erneut am Rand statt im Zentrum globaler Klimapolitik.

(JPL)

UN Framework Convention on Climate Change (22.11.2025): [Conference of the Parties. Thirtieth session \(Belém\): Gender and climate change. Proposal by the President. Belém Gender Action Plan](#)

Women*Gender Constituency (22.11.2025): [COP30 Outcome Statement: Feminist Power Delivered - But the Process failed to meet the moment](#)

Ansätze zur Stärkung der Teilhabe von Frauen* an Klimakonferenzen

Im Jahr 2008 wurden erstmals Daten zum Geschlecht der teilnehmenden Delegationen erfasst, wobei in diesem Jahr 31 Prozent der Delegierten auf der COP14 in Posen (Polen) Frauen waren, wobei 82 Prozent der Staaten-

delegationen aus mehr Männern als Frauen bestanden. Auf der COP30 im Jahr 2025 waren die meisten Delegationen weiterhin von Männern dominiert. 40 Prozent der staatlichen Delegierten waren Frauen – eine Verbesserung von weniger als 10 Prozentpunkten seit 2008 – und noch immer hatten 61 Prozent der Delegationen mehr Männer als Frauen.

Historisch gesehen, ist dieses Ungleichgewicht an den Vorbereitungstreffen in Bonn im Juni jeden Jahres nicht so stark vorhanden. So waren – seitdem das Registrierungssystem über die rein binäre Erfassung hinausgeht – bei der SB63 (Subsidiary Bodies Konferenz) in Bonn im Jahr 2025 50 Prozent der Teilnehmenden Frauen und gender-diverse Personen.

Um die Teilhabe von Frauen* zu stärken gibt es unterschiedliche Ansätze:

- a) Der „Women Delegates Fund“ unterstützt Frauen aus dem Globalen Süden mit Reisekosten, Trainings zu Verhandlungsführung und Netzwerken; so konnten seit 2009 über 200 Reisen von mehr als 50 Frauen zu UNFCCC-Sitzungen finanziert werden.
- b) Gender-Trainings für Delegierte und Sekretariate sowie die Verankerung von Gender-Beauftragten in Delegationen sollen sicherstellen, dass Geschlechterperspektiven systematisch einfließen.
- c) Frauen- und Genderorganisationen fordern unter anderem verbindliche Quoten in Delegationen, gezielte Förderung von Frauen in Führungspositionen, geschlechtergerechte Klimafinanzierung und eine stärkere Unterstützung von Frauenorganisationen als Akteure der Klimapolitik.

(JPL)

Women*Gender Constituency / WECF (2025): [10 Years Gender Just Climate Solutions](#)

WEDO (o.J.): [Gender Climate Tracker. Women's Participation on Party Delegations](#)

Mess- und Advocacy-Instrumente

„Gender Equality and Climate Policy“ Scorecard

Eine von UN-Women und dem Kaschak Institute erstellte „Scorecard“ (Bewertungsskala) zu Geschlechtergleichstellung und Klimapolitik bewertet, wie Länder auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten reagieren, die durch den Klimawandel noch verschärft werden. Die „Scorecard“ erfasst 50 Indikatoren in sechs zentralen geschlechtsspezifischen Bereichen: unbezahlte Pflege- und Hausarbeit, wirtschaftliche Sicherheit von Frauen, Gesundheit, geschlechtsspezifische Gewalt, Teilhabe und Führungsrollen sowie Gender Mainstreaming. Erstmals wird damit systematisch erfasst, ob und wie Klimapolitik die spezifischen Bedürfnisse und Potenziale von Frauen* berücksichtigt.

Die erste Auswertung von 32 Nationalen Klimaschutzbeiträgen (NDCs) zeigt: Zwar nehmen viele Länder Geschlechterfragen inzwischen als Querschnittsthema auf, doch bleiben konkrete Umsetzungsmaßnahmen oft vage. Besonders positiv sticht hervor, wenn Länder Frauen als Akteurinnen in Entscheidungsgremien stärken oder gender-sensible Daten in Risikoanalysen einbeziehen. Die Scorecard macht so nicht nur Lücken sichtbar, sondern auch „Best Practices“, die andere übernehmen können.

Die Scorecard dient als Werkzeug für Advocacy und Bildungsarbeit, denn die Methodik ist ein starkes Argument für feministische Klimapolitik. Sie liefert handfeste Belege, wo Geschlechtergerechtigkeit in Klimaplänen nur leere Worthülsen sind. Für NGOs und Aktivist*innen bietet sie eine Grundlage, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichzeitig eignet sie sich für Bildungsarbeit, um die Verzahnung von Klimagerechtigkeit und Feminismus greifbar zu machen.

(VB)

Kaschak Institute & UN WOMEN (June 2026): [The Gender Equality and Climate Policy Scorecard. Methodological Note](#)

IUCN, Kaschak Institute & UN WOMEN (o.J.): [Enhancing Gender-Responsive Nationally Determined Contributions. Insights from the Gender Equality and Climate Policy Scorecard](#)

Centre for Global Social Policy (o.J.): [The Gender Equality and Climate Policy Scorecard](#)

Gender Climate Tracker

Der „Gender Climate Tracker“ (GCT) ist eine App, die Zugang zu den neuesten Informationen über Forschung, Entscheidungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit „Geschlecht und Klimawandel“ bietet. Der GCT verfolgt weltweit, wie geschlechtergerechte Klimamaßnahmen umgesetzt werden – insbesondere im Rahmen der UN-Klimapolitik.

Die Plattform bietet schnellen Zugang zu Statistiken, Richtlinien und Forschungsergebnissen für Aktivist*innen, Praktiker*innen und Entscheidungsträger*innen, die die Verbindung von Geschlecht und Klimawandel erkennen. Gleichzeitig überwacht der „Gender Climate Tracker“ die Umsetzung von Gender-Klimamaßnahmen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC).

Entwickelt wurde der „Tracker“ von der Women's Environment and Development Organization (WEDO) als App und Website mit dem Ziel, Geschlechterungleichheiten sichtbar zu machen, Länder zur Verantwortung zu ziehen und die Umsetzung von Klimapolitik zu erleichtern. Die Plattform sammelt heute Daten zu Gender-Mandaten in der Klimapolitik, der Teilhabe von Frauen in Verhandlungen und zu länderspezifischen Fortschritten. Expert*innen und Interessierte können eigene Inhalte einbringen, was den Austausch und die Wirkung stärkt. Der GCT zeigt auf, wo Lücken bestehen, wie UN-Prozesse Geschlechtergerechtigkeit verfehlen und wo dringend gehandelt werden muss. So lenkt er Aufmerksamkeit auf strukturelle Defizite und hilft, Prioritäten zu setzen.

(VB)

WEDO (o.J.): [Gender Climate Tracker](#)

Gender und Klimakrise: Wo stehen die internationalen Commitments?

Der britische Think-Tank ODI hat 2025 ein Briefing zum Stand der internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz im Zusammenhang mit Geschlechtergleichstellung herausgebracht.

Fazit: Die G7, die G20 und die UNFCCC erkennen an, dass die Klimakrise Frauen unverhältnismäßig stark trifft und dass Klimaschutzmaßnahmen eine geschlechtsspezifische Perspektive erfordern.

Offiziell gibt es Einigkeit darüber, dass gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Klimabereich von entscheidender Bedeutung ist. Die Aushöhlung von Geschlechternormen und ein Wiederaufleben von Anti-Gleichstellungsdiskursen und -strategien bedrohen und verzögern allerdings sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen.

Im Briefing wird detailliert vorgestellt, im Rahmen welcher Verträge sich die Staaten wozu verpflichtet haben – da gibt es einige Unterschiede.

Die Bestandsaufnahme von ODI ist nicht zuletzt als Grundlage dafür gedacht, künftige Fortschritte und Rückschläge bei der Gleichstellung der Geschlechter und beim Klimaschutz im Rahmen multilateraler Prozesse zu erfassen.

(CT)

ODI Global (June 2025): [Gender equality and the climate crisis: where do international commitments stand?](#)

Zivilgesellschaftliche Analysen und Initiativen

BAM! – ein Hoffnungsschimmer

Trotz vieler Enttäuschungen während der COP30 (2025) besteht Hoffnung in der Entscheidung über die Einrichtung eines „Just Transition Mechanism“ innerhalb der UNFCCC. Dieser könnte die Forderung der Zivilgesellschaft nach einem sozial gerechten Übergang erstmals

verbindlich in der globalen Klimapolitik verankern. Bis zur COP31 im Jahr 2026 sollen die Staaten diesen Mechanismus konkret ausarbeiten. Es bleibt jedoch offen, inwieweit es der Bewegung gelingen wird, ihre Vorschläge in die Gestaltung miteinfließen zu lassen.

Der „Belém-Aktionsmechanismus für einen globalen gerechten Übergang“ (BAM) ist ein konkreter Vorschlag aus der Zivilgesellschaft, der in einem Diskussionspapier des „Climate Action Network“ (CAN) und der „Women and Gender Constituency“ (WGC) im Vorfeld der COP30 veröffentlicht wurde. Der ambitionierte Vorschlag zielt darauf ab, die vielen verstreuten Initiativen zu Klima, Gender, Menschenrechten und „Just Transition“ unter dem Dach der UNFCCC zusammenzudenken. Im Zentrum steht dabei die Frage: Wie kann der globale Ausstieg aus fossilen Energien so gestaltet werden, dass sich die bestehenden Machtverhältnisse nicht einfach „grün“ erneuern, sondern grundlegend verändert werden – zugunsten derjenigen, die am stärksten betroffen sind und bisher am wenigsten gehört wurden?

Als Antwort auf die Herausforderungen wurde das BAM-Netzwerk vorgeschlagen, das einen Raum bieten soll, in dem feministische Gruppen, Gewerkschaften, indigene Bewegungen, Kleinbäuer*innen sowie Akteur*innen der Jugend- und Klimagerechtigkeit gemeinsam Strategien entwickeln können.

Das Netzwerk versteht sich als politischer Motor, der Forderungen nach einem global gerechten Übergang bündelt, Wissen austauscht und Druck auf die Prozesse der UNFCCC ausübt.

Das BAM-Netzwerk wird somit als möglicher Hebel vorgestellt, um aus der aktuellen Zersplitterung auszubrechen und einen verbindenden politischen Ort zu schaffen, an dem Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit nicht nebeneinanderstehen, sondern als untrennbar verbunden verhandelt werden.

(AS)

Climate Action Network/Women and Gender Constituency (2025): [The Belém action mechanism for a global just transition \(BAM\). Why and how.](#)

Klimakrise, Klimaextreme, Klimapolitik – Nichts für uns ohne uns!

Wenn Überschwemmungen, Hitze und Dürre Häuser, Ernten und Gesundheitsstationen zerstören, trifft das Frauen mit Behinderungen zuerst – und am härtesten.

Eine qualitative Studie von „Handicap International / Global Inclusive Health and Protection“ zeigt eindrücklich, wie Klimaextreme ihre Gesundheit, Sicherheit und Selbstbestimmung bedrohen, von Infektionen und Dehydrierung bis hin zu erhöhter geschlechtsspezifischer Gewalt an Wasserstellen und in überfüllten Unterkünften.

Gleichzeitig machen die Autor*innen sichtbar, dass Frauen mit Behinderungen nicht nur „vulnerabel“ sind, sondern als Expertinnen ihres eigenen Lebensalltags konkrete Lösungen vorschlagen. Dazu gehören etwa barrierefreie Frühwarnsysteme, sicherere Wasserzugänge und inklusive Gesundheitsdienste. Sie liefern auch praxisnahe Empfehlungen, wie Klima- und Gesundheitspolitik sowie Programme Frauen mit Behinderungen systematisch beteiligen und in den Klima- und Gesundheitssektor einbinden können.

Auf Basis dieses Berichtes sollten wir verstärkt auch die Einbindung von Frauen mit Behinderungen auf Klimakonferenzen verlangen, ihre Reisen mit inklusiven Assistent*innen unterstützen und ihre Stärkung innerhalb des „Disability Caucus“ fördern.

(JPL)

Global Inclusive Health and Protection (January 2026): [Planetary Health and Women with Disabilities’ lived experiences of climate impact on health equity in Kenya and Uganda](#)

Barrieren gegen Intersektionalität

Der Begriff „Intersektionalität“ wurde nicht nur aus dem „Belém Gender Aktionsplan“ gestrichen. Auch strukturell wird seit Langem kritisiert, dass die Strukturen der UNFCCC eine intersektionale Ausrichtung der zivilgesellschaftlichen Kämpfe unmöglich machen.

Das Paper „Lessons from the Women and Gender Constituency: Interrogating Civil Society

Strategies for Organising in the UNFCCC“ von Joanna Flavell liefert eine ausführliche Analyse der politischen Strategien, die von der Women and Gender Constituency im Rahmen der UNFCCC bis 2018 verfolgt wurden.

Diese waren geprägt von Herausforderungen und notwendigen Anpassungen an starre institutionelle Strukturen. So wird die häufige Betonung der Vulnerabilität von Frauen im Text als notwendige Strategie herausgearbeitet, um in der UNFCCC und der Politik der Klimawandelanpassung Anklang zu finden. Dabei bräuchte es Diskussionen über notwendige Transformationen zur Eindämmung, wie die Diskussionen über Männlichkeit.

Als größte Barriere werden jedoch die Strukturen der „Constituencies“ selbst genannt. Sie stecken die Zivilgesellschaft in Schubladen und trennen ihre tief miteinander verflochtenen Kämpfe (z. B. Geschlecht, Jugend, indigene Völker) voneinander, wodurch intersektionale Netzwerke innerhalb der Klimapolitik erschwert werden.

(AS)

Joanna Flavell (2023): [Lessons from the Women and Gender Constituency: Interrogating Civil Society Strategies for Organising in the UNFCCC.](#)

GAGGA: Report zu „Gender, Konflikt und Klimagerechtigkeit“

In einem Report aus 2025, verfasst von WIDE-Mitglied Julia Scharinger (trans:verse) für die „Global Alliance for Green and Gender Action“ (GAGGA) zum Zusammenspiel von Gender, Konflikten und der Klimakrise, wird plastisch greifbar, was mit „Intersektionalität“ gemeint ist.

Beispielhaft wird aufgezeigt, wie Frauen* verschiedener Hintergründe und Zugehörigkeiten sich gegen Landgrabbing und für ihre Landrechte, Ernährungssicherheit sowie ihre Rechte als Frauen*, Transpersonen und/oder Indigene engagieren. Fallbeispiele aus Ländern mit hohem Niveau an Gewalt und Konflikten rund um Extraktivismus und Landnutzung (Philippinen, Mozambique, Burkina Faso und Brasilien) zeigen auf, wie es auch unter sehr schwierigen Umständen immer wieder gelingen kann, Alternativen aufzubauen.

Eine der Voraussetzungen dabei ist die langfristige Unterstützung durch flexible Geldgeber*innen, wie das Beispiel der Global Alliance for Green and Gender Action (GAGGA) zeigt. Gegründet 2016, hat diese Allianz ein Netzwerk von Frauen*, Umwelt- und Klimaschutzorganisationen in 44 Ländern geschaffen und konnte bis dato 1.850 von Frauen geleitete und Umweltorganisationen materiell oder anderweitig unterstützen.

Der Bericht wird durch ein „Policy Brief“ ergänzt, in dem herausgearbeitet wird, was von politischen Entscheidungsträger*innen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf Basis der Erfahrungen und Erfolge der Basisarbeit der „Global Alliance for Green and Gender Action“ auch in anderen Kontexten getan werden kann.

(CT)

GAGGA (Global Alliance for Green and Gender Action) (2025): Report & Policy Brief: Gender, Conflict, Climate Nexus

[Report: Women at the Intersection of Gender, Conflict & Climate Justice: A Collection of Stories from the Philippines, rasil, Mozambique and Burkina Faso & Policy Brief: Dismantling the Gender, Conflict, Climate Nexus](#)

Sudan: Klimakrise und Unsicherheit

Das UN-Umweltprogramm (UNEP) hat untersucht, welche Gender-Dimensionen die Klimakrise und konfliktbezogene Sicherheitsrisiken im Bundesstaat „Blauer Nil“ im Sudan aufweisen. Anhand von Vorort-Berichten wird auch in diesem Report sichtbar, wie sehr Frauen* trotz Diskriminierung und Gewalt vielerorts für ihre Rechte eintreten und Akteur*innen für Frieden und Ernährungssicherheit sind. (CT)

United Nations Environment Programme (2025):

[Integrated Assessment of Climate-Related Security Risks for Peace and Security in Blue Nile, Sudan, and Their Gender Dimensions](#)

WoMin: Widerstand und Gegenräume

Internationale Klimaverhandlungen wie die COP gelten weiterhin als die wichtigsten Foren globaler Klimapolitik – dennoch wächst gleichzeitig der Widerstand gegen genau diese

Schauplätze. Besonders deutlich wird das beispielsweise in den Initiativen und Organisationsformen des panafrikanischen, öko-feministischen Netzwerks *WoMin African Alliance*.

WoMin beschränkt sich hierin nicht auf bloße Kritik, sondern baut bewusst Gegenräume auf: Mit seiner *Women's Climate Assembly* schafft das Netzwerk eine Plattform für Frauen aus betroffenen Gemeinschaften, um ihre eigenen Analysen und politischen Forderungen gemeinsam zu formulieren. 2023 kamen rund 200 Aktivistinnen aus 17 afrikanischen Ländern zusammen – und das explizit als Alternative zu den offiziellen Klimaverhandlungen der COP in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Versammlung war damit Teil eines sogenannten „Counter-COP“, einer Gegenmobilisierung, welche die Legitimität der COP-Prozesse grundsätzlich infrage stellt.

Im Kern dieser Kritik steht die Einschätzung, dass die COP zunehmend von Konzerninteressen und Regierungen des Globalen Nordens dominiert wird. Anstatt strukturelle Ursachen der Klimakrise systematisch anzugehen, würden dort „falsche Lösungen“ wie Emissionshandel oder sogenannte „grüne“ Energieprojekte vorangetrieben, die jedoch jeweils neue sowie bekannte Formen von Ausbeutung (re)produzieren. Deshalb sprechen *WoMin* und andere beteiligte Bewegungen hier von „grünem Kolonialismus“: Land, Ressourcen sowie Arbeitskraft in Afrika würden weiterhin für die globale Marktwirtschaft ausgebeutet - nun eben unter dem Label der „grünen“ Energiewende.

Laut *WoMin* greifen dabei extraktivistische Entwicklungsmodelle und patriarchale Machtverhältnisse ineinander: die profitorientierte Ausbeutung von Natur und Ressourcen sei eng verknüpft mit der Ausbeutung von Körpern und Arbeit von Frauen. So wird in von Bergbau, Öl- und Gasprojekten betroffenen Regionen, wie etwa im Niger-Delta, in Uganda oder Simbabwe, immer wieder von sexualisierter Gewalt, Einschüchterung und Übergriffen gegenüber Frauen durch Militär und private Sicherheitskräfte berichtet.

Dieser Ungerechtigkeit setzen die *Women's Climate Assemblies* konkrete Forderungen entgegen: Reparationen für klimabedingte Schäden, das Recht von Gemeinschaften, extraktive Projekte abzulehnen („Right to Say No“) sowie der Aufbau lokaler, gemeinschaftsbasierter Alternativen zu extraktivistischen Wirtschaftsmodellen. *WoMin* verschiebt damit bewusst den Fokus von technokratischen Lösungen hin zu Fragen von Macht, globaler Ungleichheit und historischer Verantwortung, wodurch die Frage nach „Klimagerechtigkeit“ nicht mehr bloß als Reformprojekt innerhalb bestehender Strukturen, sondern in erster Linie eine kritische Auseinandersetzung mit ebendiesen Strukturen selbst verlangt.

(LM)

WoMin (o.J.): [Development Alternatives. Ecofeminist Alternatives to Development](#)

WoMin (o.J.): [Resisting Green Extractivism](#)

WEDO: Report zu globalen Trends

Der jährliche „Critical Trends Report“ 2025 von WEDO untersucht die Fortschritte und Herausforderungen bei der Verwirklichung einer feministischen Vision für Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit.

Im Bericht wird sehr kritisch auf das internationale Versagen in Bezug auf soziale und ökologische Gerechtigkeit aufmerksam gemacht.

Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) treiben weiterhin Sparmaßnahmen und neoliberale Programme im Globalen Süden voran. Private Gläubiger profitieren von einer Schuldenkrise, die Milliarden von Ausgaben für die Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte abzieht. Die USA nutzen Handelspolitik und Entwicklungsfinanzierung, um Länder dazu zu zwingen, sich ihrer klima- und menschenrechtsfeindlichen Agenda anzuschließen. Big-Tech-Unternehmen übernehmen öffentliche Funktionen und entwickeln immer ausgefeiltere Kriegswaffen.

Im Bericht enthalten sind auch Kapitel zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung.

Zugleich beleuchtet der Bericht auch lokale Schauplätze im Kampf für globale ökologische und wirtschaftliche Gerechtigkeit, getragen von sozialen und feministischen Bewegungen und (einigen) Regierungen des Globalen Südens. (CT)

WEDO (February 2026): [Towards feminist economic & climate justice: A Feminist Analysis of Critical Trends](#)

Ausblick auf die Klimakonferenz 2026 in der Türkei

Türkei: Klimakrise & Backlash für Demokratie und Frauenrechte

Die nächste internationale UN-Klimakonferenz (COP31) findet vom 9. bis 20. November 2026 in Antalya, Türkei, statt. Das Gastgeberland zählt zu den klimatisch besonders gefährdeten Staaten der Region. Nachweisbare Trends zeigen steigende Temperaturen, einen Anstieg des Meeresspiegels sowie rückläufige Niederschlagsmengen. Dies beeinträchtigt die Wasserverfügbarkeit für die Landwirtschaft. Bestehende soziale und regionale Ungleichgewichte; insbesondere das Gefälle zwischen städtischen Zentren und ländlichen Provinzen verschärfen sich dadurch weiter.

Die Türkei hat das Pariser Abkommen 2016 unterzeichnet und 2021 ratifiziert. Als nationales Klimaziel gilt die Erreichung von Netto-Null-Emissionen bis 2053. Gleichzeitig setzt die Regierung weiterhin auf Kohle und Erdgas zur Energieversorgung. Die Treibhausgasemissionen steigen trotz des Ausbaus erneuerbarer Energien nach wie vor.

Ein möglicher Wendepunkt ist das am 9. Juli 2025 verabschiedete erste nationale Klimagesetz.

Regierungsnahe Mainstream-Medien thematisieren klimatische Extremereignisse oft ohne expliziten Bezug zum Klimawandel. Das öffentliche Bewusstsein wächst dennoch. Zivilgesellschaft und die neue Generation von Jugendlichen fordern zunehmend eine beschleunigte Energiewende, auch angesichts der hohen Energiekosten für die Bevölkerung

und wenig Zukunftsperspektiven. Der zivilgesellschaftliche Handlungsraum ist jedoch eingeschränkt.

Kontext und Herausforderungen

Zahlreiche Wissenschaftler*innen ordnen den politischen Wandel der vergangenen zwei Jahrzehnte in der Türkei als demokratischen Rückschritt ein. Staatlich vorangetriebene Prozesse haben schrittweise jene Institutionen geschwächt, die politischen Parteienwettbewerb und bürgerliche Freiheiten garantieren. Parallel dazu wurde Gewalt gegen Frauen zunehmend als Frage des Familienschutzes „geframt“, mit direkten Folgen für den rechtlichen und institutionellen Schutzrahmen. Die Türkei ist seit 1986 CEDAW-Vertragsstaat und unterzeichnete das Fakultativprotokoll im Jahr 2000; die achte reguläre Überprüfung wurde 2022 abgeschlossen. Die Istanbul-Konvention wurde 2012 unterzeichnet und trat 2014 in Kraft. Im März 2021 trat die Türkei per Präsidialdekret jedoch aus der Gewaltschutz-Konvention aus, ohne parlamentarische Debatte und ohne Konsultation der Zivilgesellschaft.

Die rechtlichen Schutzlücken sind erheblich. Im türkischen Recht fehlen ein Antidiskriminierungsgesetz, spezifischer Schutz für vulnerable Gruppen sowie Schutz vor Hassverbrechen. Die einzige einschlägige Bestimmung ist Artikel 10 der Verfassung, der allgemeine Gleichheit vor dem Gesetz garantiert. Dieser Grundsatz ersetzt keine spezifische Antidiskriminierungsgesetzgebung. Angriffe auf LGBTQI+-Personen bleiben damit straflos. Seit dem Austritt aus der Istanbul-Konvention hat staatlich legitimierte Feindseligkeit gegenüber LGBTQI+-Personen nachweislich zugenommen. Diskriminierung ist nicht länger gesellschaftliches Randphänomen, sondern Teil der offiziellen Regierungsrhetorik.

Konkrete Regierungsentscheidungen belegen die ideologische Ausrichtung der türkischen Politik. Die öffentliche Verurteilung von Schwangerschaftsabbrüchen, staatliche Aufforderungen zur Erhöhung der Kinderzahl, Einschränkungen bei der assistierten Reproduktion und der Ausbau des religiösen Schulwesens verdeutlichen, wie Geschlechterpolitik

systematisch mit autoritärer Herrschaft verknüpft wurde.

Das Zusammenwirken von neoliberaler Wirtschaftspolitik und neo-konservativem Familismus hat Fortpflanzung, Familienleben und Bildung als staatlich regulierte Bereiche neu definiert.

Die Femizid-Statistiken spiegeln diese Entwicklung wider. 2024 wurden 394 Frauen von Männern getötet, der höchste jemals verzeichnete Wert. 71 Prozent der Opfer wurden von einem nahen männlichen Angehörigen getötet; 57 Prozent der Morde ereigneten sich im häuslichen Umfeld (DuvaR.English 2025).

Hohe Skepsis gegenüber Wahlintegrität, Medienfreiheit, Oppositionsrechten und zivilgesellschaftlicher Autonomie zeigt, dass Frauen demokratische Institutionen in zentralen Bereichen als geschwächt wahrnehmen. Geringe Werte bei politischer Mitsprache, Meinungsfreiheit und institutionellem Schutz verweisen darauf, dass diese übergeordneten Defizite unmittelbar mit der eigenen gesellschaftlichen Stellung verknüpft werden. Demokratischer Rückschritt wird nicht abstrakt erlebt, sondern als konkrete Einschränkung von Handlungsfähigkeit und persönlicher Sicherheit. Frauen, die eine stärkere Erosion demokratischer Strukturen wahrnehmen, berichten gleichzeitig über geringere politische Mitsprache und weniger Vertrauen in den institutionellen Schutz ihrer Rechte, ein Befund, der die enge Verflechtung von politischer und alltäglicher Dimension des demokratischen Rückschritts belegt.

Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen* in der Türkei

Die Überschwemmungskatastrophe in der türkischen Provinz Bozkurt im August 2021, einer Küstenregion am Schwarzen Meer mit ausgeprägten hydrologischen und sozioökonomischen Vulnerabilitäten, bietet einen konkreten Untersuchungsfall für genderspezifische Auswirkungen von Klimaereignissen in der Türkei. Eine nach Geschlecht aufgeschlüsselte Analyse zeigt, dass Frauen unverhältnismäßig stark betroffen waren. Ursache dafür sind das Zusammenwirken von Geschlechternormen, eingeschränktem

Ressourcenzugang und patriarchalischen Strukturen. Unzureichendes Katastrophenmanagement und geschlechts-unsensible Anpassungsstrategien verschärften diese Ungleichheiten zusätzlich.

Drei Befunde stechen hervor. Erstens machten Betreuungsaufgaben Frauen während der Katastrophe besonders verletzlich. Verantwortung für Kinder, ältere und pflegebedürftige Personen schränkte Mobilität und Reaktionsfähigkeit ein. Zweitens trafen Vermögensverluste Frauen aufgrund ihrer strukturell schwächeren wirtschaftlichen Position härter. Drittens bestand eine erhebliche Informationslücke: Viele Frauen waren über bestehende Anpassungsstrategien nicht informiert. Fehlinformationen und politische Einflussnahme förderten zudem Skepsis gegenüber dem Klimawandel als solchem.

Die Studie von Gamze Dogdu Yuceturk (2025) zeigt eine ausgeprägte Kluft zwischen gezielten Vorsorgemaßnahmen und dem tatsächlichen Wissen der betroffenen Bevölkerung.

Die Ergebnisse aus Bozkurt sind nicht lokal begrenzt. Sie sind exemplarisch für Küstenregionen weltweit, die unter eskalierenden Klimafolgen leiden. Geschlechtergleichstellung in der Katastrophenvorsorge ist keine ergänzende Maßnahme, sondern Voraussetzung für widerstandsfähige und gerechte Gemeinschaften.

Politische Einschränkungen und Partizipation: Implikationen für die COP31

Der politische Handlungsraum für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung in der Türkei ist messbar geschrumpft. Die Türkei belegt im Index für Frauen, Frieden und Sicherheit 2025/26 Platz 106, und liegt damit deutlich hinter zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens. Im Global Gender Gap Index rangiert das Land unter 156 Staaten auf Platz 133, bei politischer Teilhabe auf Platz 114. Der Anteil weiblicher Abgeordneter lag 2022 bei 17,24 Prozent, lediglich eine Frau war als Ministerin im Amt, in den 81 Provinzen fungierten nur zwei Frauen als Gouverneurinnen (4,72 Prozent) (GIWPS; Euromed Rights).

Der eingeschränkte öffentliche Raum zeigt sich exemplarisch am feministischen Kampftag in Istanbul. Der seit 2003 jährlich am 8. März organisierte Marsch bringt Tausende Frauen zusammen, um gegen Gewalt, Patriarchat und staatliches Versagen beim Schutz von Frauenrechten zu protestieren. In den letzten Jahren wurde der Marsch wiederholt mit Verboten, Sperrungen des öffentlichen Nahverkehrs, Polizeisperren und Festnahmen konfrontiert.

Diese Rahmenbedingungen haben direkte Relevanz für die COP31.

Die strukturelle Unterrepräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen lässt erwarten, dass die türkische Delegation und die nationale COP-Planung keine geschlechtergerechte Perspektive widerspiegeln werden.

Darüber hinaus ist die zivilgesellschaftliche Partizipation eingeschränkt. Aktivismus im Umfeld der Konferenz birgt reale Risiken: Eine Einreise in die Türkei kann für bestimmte Personen mit rechtlichen Konsequenzen verbunden sein; öffentliche Protestaktionen können langfristige persönliche Folgen haben.

Das schränkt die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, insbesondere von Frauen, Minderheiten und Klimarechtsorganisationen ein, sich aktiv einzubringen – keine günstigen Voraussetzungen für Klimagerechtigkeit.

(KT)

CEPS (10.3.2026): [Why Turkey's women's rights debate should matter to Europe](#)

Amnesty International (7.4.2026): [Türkiye: Absurd charges against board of LGBTI+ organization must be dropped](#)

duvaR.english (3.1.2025): [Turkey records highest-ever femicide rate in 2024](#)

Savas, Gohkan (2026): [Eroding freedoms: Perceived democratic backsliding and its impact on women's perceived empowerment in Türkiye](#)

Dogdu Yuceturk, Gamze (1.4.2025): [Assessment of gendered vulnerability, climate change awareness, and resilience patterns among coastal women regarding urban flooding disasters in Bozkurt, Türkiye](#)

Georgetown Institute for Women, Peace and Security (o.J.): [Türkiye](#)

Euromed Rights (o.J.): [Situation report on discriminations against women in Turkey](#)

Glossar / Abkürzungen

Advocacy – politisch-anwaltschaftliche Arbeit im Sinn von Interessensvertretung

Assistierte Reproduktion – künstliche Befruchtung

Backlash – Rückschritt

BAM – Belém Action Mechanism / Aktionsmechanismus für einen globalen gerechten Übergang

Belém Gender Action Plan – bei der UN-Klimakonferenz 2025 in Belém (Brasilien) beschlossener Gender-Aktionsplan

Gender – (soziales) Geschlecht

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

Caucus – informelle Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen bei UN-Gremien (ohne Mitsprache)

Constituency – anerkannte zivilgesellschaftliche Interessensvertretung für bestimmte soziale Gruppen bei UN-Konferenzen

COP(s) – Conference(s) of the Parties / Konferenz(en) jener Staaten, die eine UN-Konvention unterzeichnet haben. Die Klimakonferenzen werden oft als COP abgekürzt, aber COPs gibt es auch zu anderen UN-Konventionen.

COP 30 – 30. UN-Klimakonferenz 2025 (in Brasilien)

COP 31 – 31. UN-Klimakonferenz 2026 (in der Türkei)

Disability Caucus – informelle Allianz von Organisationen, die für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor UN-Gremien eintreten

Extraktivismus – Ausbeutung von in der Erde lagernden Rohstoffen wie Erzen oder fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas)

Gender Constituency – anerkannte zivilgesellschaftliche Interessensvertretung für Geschlechtergleichstellung bei UN-Konferenzen

GAP – Gender Action Plan

GCF – Green Climate Fund / Fonds des UNFCCC zur Finanzierung von Klimaschutzprogrammen in Ländern des Globalen Südens

Gender Mainstreaming – Integration von Gleichstellungszielen und -maßnahmen in politische Vorhaben

Intersektionalität – Überschneidung verschiedener Formen von sozialer Diskriminierung

Just Transition – Sozial gerechter Wandel hin zu nachhaltiger Energienutzung (und nachhaltigem Wirtschaften)

Lima Work Programme on Gender – Arbeitsprogramm für Geschlechtergleichstellung im Rahmen des UN-Klimarahmenabkommens, beschlossen 2014 in Lima (Peru)

Paris Agreement – Internationales UN-Klimaschutzabkommen, als Zusatzabkommen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) 2015 in Paris beschlossen

NDC(s) – Nationally Determined Contribution(s) - Nationale Beiträge zum Klimaschutz im Rahmen des UNFCCC

SB (63) – (Sixty-third) sessions of the UNFCCC Subsidiary Bodies - (63.) Sitzungen der technischen Gremien des UNFCCC

Scorecard – Punktekarte, Bewertungsskala

UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change – UN-Klimarahmenkonvention oder UN-Klimarahmenabkommen, beschlossen 1992

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

Gendergerechte Schreibweise

WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.

*Im WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:*

- a) für einen gender-inklusive Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund*innen“); und*
- b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau*/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).*

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Möllwaldplatz 5/9, 1040 Wien

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

Autorinnen: Verena Bauer (VB), Lisa Meiffert (LM), Jennifer Pitter-López (JPL), Agnes Sieben (AS) und Kiara Leanne Titze (KT)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 3/2026, Teilhabe von Frauen* an der internationalen Klimapolitik
Wien, Juni 2026

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>

Disclaimer: Inhaltliche Verantwortung: WIDE

Gefördert durch die

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**